

U n t e r r i c h t u n g

durch die Präsidentin des Landtags

Aktuelle Stunde

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 16. April 2021 eine Aktuelle Stunde zum Thema

"Sozialen Wohnungsbau nicht länger ausbremsen - Wohnen und Eigentum in Thüringen fördern"

beantragt.

Begründung:

Die Wohnungspolitik in Thüringen beschäftigen zurzeit besonders drei Themen: der Stillstand im Sozialen Wohnungsbau in Thüringen, die familienunfreundliche Politik von Rot-Rot-Grün bei der Schaffung von Wohneigentum und das Aus für den Berliner Sonderweg bei der Mietendeckelung. Der vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterte tiefe Eingriff in den Mietmarkt hat auch in Thüringen viele Befürworter im rot-rot-grünen politischen Spektrum.

Der soziale Wohnungsbau ist unter Rot-Rot-Grün zum Lippenbekenntnis verkommen. Drei der entscheidenden Wohnungsbauförderrichtlinien sind Ende 2020 ausgelaufen. Jene zur Förderung der Barrierefreiheit soll gar nicht verlängert werden. Die beiden anderen sind noch immer unveröffentlicht, so dass für 2021 noch kein Vorhaben bewilligt ist. Dies wiegt umso schwerer, als der Landtag 15 Millionen Euro an zusätzlichen Fördermitteln für den Sozialen Wohnungsbau bereitgestellt hat. Auf der anderen Seite hat es Rot-Rot-Grün Familien in Thüringen mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer schwerer gemacht, sich Eigentum zu schaffen. Der von der Fraktion der CDU im Landeshaushalt 2021 verankerte Kinder-Baulandbonus ist durch die Landesregierung bisher nicht umgesetzt.

Der durch das Bundesverfassungsgericht am 25. März 2021 verworfene Berliner Mietendeckel war immerhin so lange in Geltung, dass seine fatalen Konsequenzen belegbar sind: Er hat die Wohnungsknappheit vergrößert. Profiteure gesenkter Mieten waren oft wohlsituierte Mieter begehrteter sanierter Altbauwohnungen, während Wohnungssuchende auf das teurere Neubausegment ausweichen mussten. Der Berliner Mietendeckel ist zur Investitionsbremse zu Lasten der Wohnungssuchenden geworden.

Birgit Keller
Präsidentin des Landtags